

ÄA1.9

Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm – Antrag A1

Einreicher: LAG Umwelt

ÄA1.9.1:

Zeile 313/314: Ändern des Satzes, so dass es heißt: „Wir werden uns dafür einsetzen, dass weder der Tagebau Jänschwalde Nord noch andere Tagebaue aufgeschlossen werden.“

Begründung: Es soll richtig gestellt werden, dass wir weder den Aufschluss des einen konkret benannten, noch weiterer Tagebaue wollen.

ÄA1.9.2:

Zeile 314: Einfügen nach „...nicht aufgeschlossen werden“. „Den Neubau von Kohlekraftwerken lehnen wir ab.“

Begründung: Zum von der Partei festgelegten 2040er Ausstieg gehört nicht nur ein Bekenntnis zur Ablehnung neuer Braunkohletagebaue, sondern auch von Kohlekraftwerken.

ÄA1.9.3:

Zeile 361: Einfügen nach „...bisher nicht möglich.“ „Daher werden wir alle Möglichkeiten nutzen, bestehende Ausnahmeregelungen für Braunkohle abzuschaffen.“

Begründung: Aus einer Ausrede für Nichthandeln muss eine Verpflichtung zum Handeln werden. Ob und für welche Kohlefelder die Erhebung der Förderabgabe tatsächlich durch den Einigungsvertrag ausgeschlossen ist, ist umstritten und sollte daher überprüft werden. Wenn sich bei der Überprüfung ergeben sollte, dass Ausnahmen abgeschafft werden können, dann sollten wir uns dafür einsetzen.

ÄA1.9.4:

Zeile 298 : Ändern des Satzes von „...hin zu einem dezentralen Versorgungssystem...“ in „...hin zu dezentralen Versorgungssystemen...“.

Begründung: Es wird künftig verschiedene dezentrale Versorgungssysteme aus regenerativen Energien geben. Dafür sollten wir uns einsetzen.